

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung im Rahmen der
Ortskernentwicklung**

(Antragsteller/in) Geburtsdatum (bei natürlichen Personen): An das Landesamt für Landwirtschaft und nachhaltige Landentwicklung	Ort, Datum Auskunft erteilt: Tel.-Nr.: E-Mail: Bankverbindung IBAN-Nr. BIC Zuständiges Finanzamt: SteuerID: oder Steuernummer/WirtschaftsID:
--	--

Betreff:	(Zuwendungszweck)
Bezug: Förderung der Ortskernentwicklung im Rahmen der Integrierten ländlichen Entwicklung	

1. Fördermaßnahme (kurze, eindeutige Beschreibung der geplanten Maßnahme; bei Investitionen Angaben zum Grundstück und zum Eigentümer)

2. Die Maßnahme soll am _____ begonnen und am _____ fertiggestellt sein.
--

3. Es wird die Gewährung einer Zuwendung in Höhe von _____ Euro beantragt.

4. Kosten- und Finanzierungsplan Aufwendungen: Die voraussichtlichen Gesamtausgaben (brutto) betragen insgesamt _____ Euro. Der detaillierte Kosten- und Finanzierungsplan ist als Anlage beigefügt.
--

5. Begründung:

- 1) Zur Maßnahme grundsätzlich (u.a. Ziel des Vorhabens, Konzeption, Standort, Umweltauswirkungen, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen):

- 2) Förderung eines Dorfentwicklungskonzeptes gem. Ziffer 2.1 der Richtlinie

☐ Ja ☐ Nein

Bei „Ja“ entfällt in der Folge die Ziffer 3 und die Ziffer 4

Beitrag, den das Projekt zur Ortsinnenentwicklung leistet:

Das Vorhaben wurde auf der Grundlage eines Orts(Kern)Entwicklungskonzeptes ausgewählt, das unter besonderer Berücksichtigung der demografischen Entwicklung, der Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und unter Einbeziehungen des bürgerschaftlichen Engagements erstellt wurde. Bitte deutlich machen, welchen Beitrag das Projekt zur Umsetzung des Konzeptes leistet.

Das Konzept wurde im Jahr fertiggestellt.

Zu den Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Gemeinde / den Ort / den Kooperationsraum siehe Seite(n) des Konzeptes.

Erhebung des Innenentwicklungspotenzials siehe Seite(n) des Konzeptes.

Aussagen zur Verminderung der Flächeninanspruchnahme siehe Seite(n) des Konzeptes.

Einbindung thematisch relevanter Akteure und Bevölkerung (Bezug im Konzept oder gesonderte Ausführung):

Darstellung der wesentlichen Inhalte des Vorhabens mit Bezug zum Ortsentwicklungskonzept:

- 3) Baugenehmigung:

a) ☐ liegt vor ☐ beantragt ☐ nicht erforderlich

b) Änderung B-Plan erforderlich?

☐ ja ☐ nein

bei Ja bitte den Stand der Planung:

- 4) Ausführungen zu den Projektauswahlkriterien:

a) gesetzliche Vorgabe GEG-Standard wird bei Neubauten und Bestandsgebäuden (Um-/Ausbau, Erweiterung) um 10% übertroffen (Anwendung nur auf geförderte Teile von Gebäuden)

☐ Ja ☐ Nein

Begründung:

- b) Verwendung natürlicher Materialien bzw. nachwachsender Rohstoffe gem. Anlage (Liste der Baustoffe, Einsatzbereiche und %-Anteile)

☐ Ja ☐ Nein

Begründung:

- c) Nutzung von Bestandsgebäuden zur Leerstands-beseitigung *oder* Umnutzung von Bestandsgebäuden zur Verminderung der Flächeninanspruchnahme *oder* Vorhaben beinhaltet Flächenrecycling (inkl. Abriss)

☐ Ja ☐ Nein

Begründung:

- d) Bauliche Barrierefreiheit:

Öffentlich und nicht öffentlich zugängliche Gebäudeteile sowie Außenanlagen und Parkplätze werden barrierefrei gestaltet (Gemeint sind Ansätze, die deutlich über die gesetzlichen Vorschriften hinausgehen. Dass ein öffentliches Gebäude barrierefrei erreichbar ist, wird als Selbstverständlichkeit angesehen und führt nicht zu zusätzlichen Punkten.).

☐ Ja ☐ Nein

Begründung:

- e) Vorhaben ist das prioritäre Projekt der Gemeinde (1 prioritäres Projekt pro Gemeinde innerhalb der Laufzeit der Richtlinie möglich)

☐ Ja ☐ Nein

Begründung:

- f) Vorhaben hat eine gemeindeübergreifende Bedeutung in einem interkommunalem Konzept (Ein Auszug aus dem Konzept ist vorzulegen).

☐ Ja ☐ Nein

Begründung:

- g) Vorhaben beinhaltet Bildungsangebote

Räumliche Wirkung:

in der Gemeinde *oder* gemeindeübergreifend *oder* mindestens amtsweit

☐ Ja ☐ Nein

Begründung:

- h) Vorhaben beinhaltet soziale Angebote (z.B. Jugendhilfe, therapeutische Angebote, Angebote zur Integration)

Räumliche Wirkung:

in der Gemeinde *oder* gemeindeübergreifend *oder* mindestens amtsweit

☐ Ja ☐ Nein

Begründung:

- i) Vorhaben beinhaltet Kulturangebote (z.B. Theater, Bücherei)

Räumliche Wirkung:

in der Gemeinde *oder* gemeindeübergreifend *oder* mindestens amtsweit

☐ Ja ☐ Nein

Begründung:

- j) Vorhaben beinhaltet Sportangebote

Räumliche Wirkung:

in der Gemeinde *oder* gemeindeübergreifend *oder* mindestens amtsweit

☐ Ja ☐ Nein

Begründung:

- k) Vorhaben beinhaltet Schaffung / Sicherung von weiteren Treffangeboten

Räumliche Wirkung:

in der Gemeinde *oder* gemeindeübergreifend *oder* mindestens amtsweit

☐ Ja ☐ Nein

Begründung:

- l) Vorhaben beinhaltet weitere Dienstleistungsangebote

Räumliche Wirkung:

in der Gemeinde *oder* gemeindeübergreifend *oder* mindestens amtsweit

☐ Ja ☐ Nein

Begründung:

- m) Vorhaben dient der Gesundheitsversorgung (z.B. Ärztehaus)

☐ Ja ☐ Nein

Begründung:

- n) Vorhaben dient der Pflege und Betreuung (z.B. Pflegeeinrichtung, Hospiz)

☐ Ja ☐ Nein

Begründung:

- o) Konzept für das Vorhaben wurde gemeinsam mit Menschen mit Behinderung erarbeitet (Die Beteiligung bei der Konzepterstellung ist zu dokumentieren.)

☐ Ja ☐ Nein

Begründung:

- p) Konzept für das Vorhaben sieht neue Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen vor (Es reicht nicht, dass Arbeitsplätze geschaffen, die grundsätzlich auch von Menschen mit Behinderungen besetzt werden können.).

☐ Ja ☐ Nein

Begründung:

- q) Vorhaben beinhaltet die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen (Es werden nur direkt durch das Projekt geschaffene neue Arbeitsplätze anerkannt. Beschäftigte, die bei beauftragten Firmen neu eingestellt werden, zählen nicht.) bis zu 3 Vollzeitäquivalente *oder* mehr als 3 Vollzeitäquivalente

☐ Ja ☐ Nein

Begründung:

- r) Dauerhafte Unterstützung durch ehrenamtliches/bürgerschaftliches Engagement

(z.B. Hausmeistertätigkeit, Terminkoordination) (Gemeint ist eine konkrete Planung, wie durch das bürgerschaftliche Engagement der Erhalt und Betrieb der geschaffenen Infrastruktur sichergestellt wird. Die reine Nutzung reicht hier nicht aus.)

☐ Ja ☐ Nein

Begründung:

- s) Dauerhafte Unterstützung des ehrenamtliches/bürgerschaftliches Engagement

(z.B. kostenfreie Nutzung durch Vereine) (Hier zählt z.B. dass Einwohner/innen oder Vereine die Räumlichkeiten kostenfrei nutzen können)

☐ Ja ☐ Nein

Begründung:

- t) Vorhaben dient der Verbesserung der Integration von Migranten oder Minderheiten

☐ Ja ☐ Nein

Begründung:

Grundsätzliche zusätzliche Erläuterungen zu Ziffer 4:

zu a) bis c): Es sollen Vorhaben ausgewählt werden, die einen Beitrag zum Schutz der natürlichen Ressourcen liefern. Das Land will im Rahmen seiner Vorbildfunktion Impulsgeber sein und durch eine entsprechende Ausrichtung seiner Förderung unterstützend tätig werden. Zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen tragen u.a. Maßnahmen positiv bei wie die Übererfüllung der Anforderungen des GebäudeEnergieGesetzes (GEG) oder der Einsatz natürlicher/nach-wachsender Baumaterialien (u.a. Vermeidung von „grauer“ Energie). Ein Kriterium für das Ziel „Klimaschutz“ ist daher, dass Neubauten sowie Vorhaben zur Änderung, Erweiterung und zum Ausbau von Gebäuden den gesetzlichen Energiestandard um 10% übererfüllen. Ein weiteres Kriterium ist der Einsatz natürlicher bzw. nachwachsender Rohstoffe gemäß Anlage. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Gebäudeleerstandes in den Dorfkernen und dem Bedarf der Minderung des Flächenverbrauchs werden daher Vorhaben bevorzugt, die die Ortskerne durch Umnutzung von Bestandsgebäude oder Flächenrecycling stärken.

zu g) bis n): Schwerpunkt der Förderung soll auf multifunktionalen Projekten liegen. Da dies z.B. bei Ärztehäusern u.ä. nicht immer möglich ist, ein inhaltlicher Schwerpunkt der Förderung aber auch der gesundheitsbezogenen Infrastruktur liegen soll, erhalten diese Projekte einen höheren Bewertungsfaktor. Nach Ziffer 8.2.2 h) GAK-Rahmenplan sind Einrichtungen der medizinischen Versorgung, die über die lokalen Bedürfnisse der Bevölkerung in ländlichen Orten hinausgehen, nicht förderfähig.

- 5) Angaben zur Finanzierung (Eigenmittel, Drittmittel und Höhe der Zuwendungen sowie Folgekosten und deren Tragbarkeit, Einnahmen aus dem Projekt)

6. Die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn wird beantragt: (ggf. ankreuzen)

☐ Ja ☐ Nein

Begründung der Dringlichkeit:

7. Erklärungen der Antragstellerin bzw. des Antragstellers:

Die Antragstellerin / der Antragsteller erklärt, von den folgenden Unterlagen Kenntnis genommen zu haben und sie - soweit es sich nicht ohnehin um allgemein verbindliche Rechtsvorschriften handelt - als verbindlich anzuerkennen:

- 1) Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften -ANBest-K-; bzw. Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung – ANBest-P;
- 2) Baufachliche Ergänzungsbestimmungen zu den Verwaltungsvorschriften VV / VV-K Nr. 6 zu § 44 Abs. 1 LHO (ZBau) (bei Baumaßnahmen);
- 3) Richtlinie zur Förderung der Ortskernentwicklung in der jeweils geltenden Fassung i.V.m. GAK-Rahmenplan in der jeweils geltenden Fassung Förderbereich 1: Integrierte ländliche Entwicklung
- 4) Förderung der Integrierten ländlichen Entwicklung mit Mitteln des Landes und Bundes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ bzw. mit Mitteln des Landes – Information nach Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung

Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller erklärt, dass

- das Vorhaben noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen

- wird, sofern keine Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn erteilt wurde;
- die jeweiligen Bestimmungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge beachtet werden/wurden;
 - die Gesamtfinanzierung gesichert ist.

Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller versichert die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Antrag und in den Antragsunterlagen gemachten Angaben.

Dem Antrag wurden folgende Unterlagen beigelegt:

- a) Kosten- und Finanzierungsplan
- b) Nachweis der wirtschaftlichen Tragfähigkeit inklusive Folgekosten
- c) Erklärung der zuständigen LAG AktivRegion
- d) Selbsterklärung zur Nicht-Vorsteuerabzugsberechtigung
 - ☐ Baugenehmigung
 - ☐ Bewertung der erwarteten Umweltauswirkungen
 - ☐ Eigentumsnachweis
 - ☐ Liste von natürlichen bzw. nachwachsenden Rohstoffen
 - ☐ ...

(Datum + Rechtsverbindliche Unterschrift)